

Diese Arbeitsmaterialien sind Teil des Handbuchs

Klasse.Macht.Klima

Transformative Bildungsmaterialien
zu Klassismus in der Umwelt- und
Klimakrise

Klimaschutz und Klassenkampf

Gruppenarbeit zu Initiativen, die Bündnisse
gegen Klassismus & Klimakrise bilden

Was: Interviews & Texte für die Gruppenarbeit

Stand: 07/2024



Kofinanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union

Die Herausgeber*innen sind für den Inhalt alleine verantwortlich.

Inhalte

Interviews mit Initiativen

Klimaaktivist*innen von Wir fahren Gemeinsam.....	3
Gewerkschaftler*innen von Wir fahren Zusammen.....	6
Azubis4Future.....	9
Insorgiamo Deutschland.....	12
Die Armutskonferenz Österreich.....	15
Machbarschaft.....	17

Texte von weiteren Initiativen

DeCOALanize – Kohlewiderstand in Kenia.....	19
Green Bans.....	22
Klimaschutz & Klassenkampf.....	23

Im Rahmen des Projekts „Climate of Solidarity“ haben wir 6 Initiativen in Deutschland und Österreich nach ihren Perspektiven auf Klimagerechtigkeit und Anti-Klassismus gefragt. Diese findet ihr im ersten Teil. Im zweiten Teil findet ihr weitere Beispiele für Initiativen aus Artikeln/Websites. Nicht alle der Initiativen existieren noch.

Ideen für weitere Initiativen zu denen eine Gruppenarbeit erstellt werden könnte:

Iron + Earth

Iron & Earth ist eine von Arbeiter*innen geführte Organisation, deren Ziel es ist, die Arbeiter*innen der fossilen Brennstoffindustrie und der indigenen Bevölkerung zu empowern, Lösungen für das Klima zu entwickeln und umzusetzen. Ein weiteres Ziel ist es zur Schaffung einem sozialökologischen Planeten beizutragen. Die Vision von Iron + Earth ist, dass die fossile Brennstoffindustrie und indigene Arbeit*innen eine führende Rolle beim Aufbau der Politik und der Infrastruktur spielen, die zur Erreichung der globalen Klimaziele erforderlich sind. Mehr Infos hier: <https://www.ironandearth.org/>

Working Class Climate Alliance (WCCA):

Die Working Class Climate Alliance ist ein globales Graswurzel-Netzwerk mit Sitz im Vereinigten Königreich (UK) und versteht sich als Umweltbewegung für die Arbeiter*innenklasse, geführt von der Arbeiter*innen klasse. Sie wurde 2023 gegründet als Antwort auf den Ausschluss von Arbeiter*innen aus Mainstream Umweltbewegungen und professionellen Klima Organisationen. Dafür machen sie Bildungsarbeit, Organisierung und Öffentlichkeitsarbeit. Mehr Infos hier: <https://workingclassclimatealliance.com>

Klimaaktivist*innen von Wir fahren Gemeinsam



[wir-fahren-gemeinsam.at](https://www.wir-fahren-gemeinsam.at)

1. Wie würdet ihr euer Bündnis/eure Gruppe in wenigen Sätzen beschreiben? Was sind/waren die wesentlichen Ziele eures Protests?

Wir fahren gemeinsam ist eine gemeinsame Kampagne zwischen Klimabewegung und Gewerkschaft für bessere Arbeitsbedingungen im privaten Autobusbereich und eine sozial und ökologisch gerechte Mobilitätswende. Bündnispartner*innen sind die Klimagruppen Fridays for Future Österreich und System Change not Climate Change sowie die privaten Autobuslenker*innen der Gewerkschaft vida und die Arbeiterkammer Wien. Anlass der Kooperation war die Analyse, dass auch in Österreich, ähnlich wie in vielen anderen europäischen Ländern, die Mobilitätswende derzeit an den schlechten Arbeitsbedingungen im öffentlichen Nahverkehr scheitert. Allein in Wien fehlen bis 2030 [5.000 Busfahrer*innen](#). Das heißt konkret: Die Verlagerung vom motorisierten Individualverkehr auf Bus und Bahn gelingt derzeit nicht oder wird auf dem Rücken der Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr ausgetragen, die mit weniger Personal ein steigendes Fahrgastaufkommen befördern müssen. Wir fahren gemeinsam soll deshalb nicht zuletzt ein konkreter Beweis sein, dass sich ökologische und soziale Anliegen auf dem Weg hin zu einem sozial-ökologischen Umbau nicht gegeneinander ausspielen lassen - und stellt damit auch einen Lösungsansatz für das „Jobs vs Klima“-Dilemma dar.

2. Wie verbindet ihr Klima- und Umweltschutz mit Antiklassismus und sozialer Gerechtigkeit?

Für uns ist klar, dass die Klimakrise eine Klassenfrage ist. Die Datenlage zeigt eindeutig, dass eine privilegierte Minderheit, die Vermögen und Firmen besitzt, die Klimakrise auf Kosten der Arbeiter*innenklasse befeuert (z.B. [Oxfam-Studie](#) von November 2023: Die reichsten 1% stoßen mehr Emissionen aus als die ärmsten 66%). Die direkten Folgen tragen vor allem einkommensschwache Haushalte, deren Wohnungen oder Arbeitsplätze Hitze und Lärm besonders stark ausgesetzt sind. Gleichzeitig sind es Arbeiter*innen, die unter den indirekten Folgen der Klimakrise durch den notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft leiden. Dazu gehören die Beschäftigten im öffentlichen Nahverkehr. Die Arbeitsbedingungen der privat beschäftigten Autobuslenker*innen in Österreich sind haarsträubend: Dienste bis zu 15 Stunden Länge, dichte Fahrpläne und fehlende Pausenräume und Toiletten. Das hat Auswirkungen auf die Gesundheit der Fahrer*innen und ihr Privatleben. Ein sozial gerechter Umgang mit der Klimakrise heißt für uns, die Lebensrealitäten und Sorgen der arbeitenden Bevölkerung ernst zu nehmen und sie beim notwendigen sozial-ökologischen Umbau der Wirtschaft mitzunehmen.

3. Welche Herausforderung gibt es in eurer Arbeit? Was findet ihr bereichernd an eurer Arbeit?

Eine Herausforderung für uns ist es, eine antirassistische Praxis in der Kampagne zu entwickeln. Zum 1.1.2024 setzte die österreichische Bundesregierung den Beruf der Buslenkerin auf die Mangelberufsliste, was Menschen aus Drittstaaten die Arbeitsmigration erleichtert. Mit ähnlichen Geschäftsmodellen ist es den privaten Busbetrieben in den letzten Jahren gelungen, eine stark migrantisch geprägte Belegschaft aufzubauen, die aufgrund von Sprachbarrieren, niedrigerem Lohnniveau in den Herkunftsländern und rassistischer Vereinnahmungen durch rechte Diskurse, was immer wieder zu Spaltungen in den Teams entlang von Herkunftsländern führt, schwierig zu organisieren ist. Unser Ziel ist es, diese Geschäftsmodelle zu entlarven und aufzuzeigen, wer davon profitiert: Private Unternehmer, die so Personalkosten drücken, statt migrantischer Busfahrer*innen.

Als Klimaaktivist*innen empfinden wir es als extrem bereichernd, auf die Betroffenen der Klimakrise und ihrer Folgen zuzugehen und *mit* ihnen zusammenzuarbeiten, statt nur *über* sie zu reden. Letzteres hat zu lange unsere politische Praxis der letzten Jahre geprägt und in der öffentlichen Wahrnehmung – befeuert durch rechte Hetze – den Eindruck erweckt, dass die direkt Betroffenen der Klimakrise, vom Hackler am Bau bis zur Busfahrerin, unsere Gegner*innen statt unsere Verbündeten sind. Wir hoffen nicht zuletzt, durch die Zusammenarbeit mit Arbeiter*innen und Gewerkschaften, in denen sie organisiert sind, „raus aus der Bubble“ zu kommen und das Außenbild der Klimabewegung zu verändern – zu popularisieren.

Weiters ist es uns aber auch anzumerken, dass Menschen in der Kampagne auch nicht frei sind von Rassismus. Aus diesem Grund ist es uns daher auch wichtig, interne rassistische und sexistische Strukturen in der Kampagne abzubauen.

4. Wo seht ihr Hebel für Veränderungen in der Gesellschaft?

Wir glauben, dass die sozialen und ökologischen Krisen der Gegenwart systemischer Natur sind und mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem zusammenhängen, das den Profit der Einzelnen, statt die Bedürfnisse der Vielen in den Mittelpunkt stellt. Diese Spielregeln können wir nur gemeinsam ändern. Das Ziel der Klimabewegung muss daher sein, mit Arbeiter*innen einen Kampf gegen den Kapitalismus und Ausbeutung und für eine soziale und ökologische Welt, zu führen. Die Bedürfnisse der Arbeiter*innen und der Klimabewegung sind keine Widersprüche. Beispiele wie Wir fahren gemeinsam zeigen den Zusammenhang klar auf. Die Klimabewegung fordert eine Mobilitätswende, diese ist aber nur dann möglich, wenn der Arbeitsplatz für Menschen attraktiv ist (-> bessere Arbeitsbedingungen). Aber auch in Branchen die scheinbar keinen Zusammenhang oder sogar konträr zu den Forderungen der Klimabewegung stehen, ist eine Zusammenarbeit möglich. Ein Beispiel dafür wäre die Zusammenarbeit der Klimabewegung mit dem Arbeitskampf in der norditalienischen Fabrik GKN. In der Fabrik wurden ursprünglich Autoteile für Luxuswagen hergestellt. Im Laufe des Kampfes die Arbeitsplätze zu erhalten, fand auch eine ökologische Transformation statt. Die Arbeiter*innen der Fabrik wollen nun Lastenräder und Solarpaneele herstellen. Es braucht also einen

„Climate turn“ in der Arbeiter*innen Bewegung, sowie einen „Labor turn“ in der Klimabewegung.

5. Was möchtet ihr anderen Aktivist*innen gerne mitteilen?

Traut euch! Sucht Bündnisse! Die Klimakrise ist auch in Ländern wie Österreich angekommen. Schaut, wer in eurem Umkreis von den Folgen der Klimakrise oder dem sozial-ökologischen Umbau betroffen ist und geht auf diese Gruppen zu. Das kann die Landwirtin sein, deren Acker für den Bau einer neuen Autobahn enteignet wird oder eben der Busfahrer, der euch jeden Tag zur Schule bringt. Eine gerechte und wirksame Transformation wird es nur dann geben, wenn Arbeiter*innen mit uns dafür kämpfen. Lasst uns mit diesen Menschen für Veränderung kämpfen, nicht für sie.

Gewerkschaftler*innen von Wir fahren Zusammen



wir-fahren-zusammen.de

1. Wie würdet ihr euer Bündnis/eure Gruppe in wenigen Sätzen beschreiben? Was sind/waren die wesentlichen Ziele eures Protests?

“Wir Fahren Zusammen” ist ein Bündnis zwischen den Beschäftigten im Nahverkehr mit ihrer Gewerkschaft ver.di und der Klimagerechtigkeitsbewegung. Das Bündnis gibt es mittlerweile in über 70 Orten in ganz Deutschland. Wir haben uns zusammengetan, weil wir die gleichen Ziele haben. Bessere Arbeitsbedingungen und Löhne für die Beschäftigten bei Bus und Bahn und einen Ausbau des Nahverkehrs. Für beides braucht es deutlich mehr Geld von der Bundesregierung und den Bundesländern. Wir fordern von ihnen 100 Milliarden Euro mehr bis 2030.

Parteien wie die AfD, die CDU oder die FDP spielen Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gegeneinander aus. Sie machen den Menschen Angst, dass sie durch Klimaschutz verlieren oder eingeschränkt werden. Gleichzeitig macht die aktuelle Klimapolitik der Bundesregierung aus SPD, Grünen und FDP diese Ängste wahr. So erhöht sie zum Beispiel den Preis für klimaschädliche Gase, zum Beispiel beim Tanken, ohne Menschen mit wenig Geld einen Ausgleich zu geben. Wir wollen zeigen, dass Klimaschutz auch sozial gerecht sein kann und muss. Und wir wollen die Spaltung zwischen den Beschäftigten und der Klimagerechtigkeitsbewegung überwinden.

2. Wie verbindet ihr Klima- und Umweltschutz mit Antiklassismus und sozialer Gerechtigkeit?

Wir fordern nicht nur mehr Geld für den Ausbau des Nahverkehrs. Sondern auch für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne für die Beschäftigten bei Bus und Bahn. Denn ohne sie fährt nichts. Dank ihnen kommen wir jeden Tag sicher zur Schule, zur Arbeit oder zum Arzt. Dafür verdienen sie mehr Anerkennung. Aktuell verdienen die Beschäftigten im Nahverkehr wenig, zwischen 14 und 20 Euro die Stunde. Und ihre Arbeitsbedingungen verursachen Stress und machen krank. Oft haben sie an den Endhaltestellen nicht mal genug Zeit für eine Klopause. Sie haben bis zu 12 Stunden Dienst am Stück und das oft sechs Tage die Woche. Das führt dazu, dass immer mehr Beschäftigte krank werden oder kündigen.

Immer weniger junge Menschen wollen den Job unter diesen Bedingungen machen. Gleichzeitig geht in den nächsten 6 Jahren die Hälfte der Beschäftigten in Rente. Wenn Bundesregierung und Bundesländer nicht endlich mehr Geld in den Nahverkehr stecken, bricht er zusammen. Von einem Ausbau von Bus und Bahn ganz zu schweigen. Das zeigt: Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit gehören zusammen. Eins geht nicht ohne das andere.

Ob mit Rollator, Rollstuhl oder Kinderwagen, viele Menschen sind auf einen zuverlässigen und bezahlbaren Nahverkehr angewiesen. Besonders Menschen,

die sich kein Auto leisten können. Für sie bedeutet der Nahverkehr Freiheit, Unabhängigkeit und Teilhabe am Leben. Deswegen sind auch diese Menschen in unserem Bündnis aktiv. Und wir versuchen, besonders auf solche Fahrgäste zuzugehen und ihnen eine Stimme zu geben.

3. Welche Herausforderung gibt es in eurer Arbeit? Was findet ihr bereichernd an eurer Arbeit?

Es gibt viele Vorurteile der Klimagerechtigkeitsbewegung gegenüber Beschäftigten im Nahverkehr. Und auch andersrum. Beschäftigte interessieren sich angeblich nur für ihre Arbeit und ihren Lohn. Sie wollen mit Klimaschutz nichts am Hut haben oder sind dagegen. Und die Klimagerechtigkeitsbewegung will angeblich allen Menschen das Auto oder Fleisch verbieten. Sie interessiert sich nicht für die alltäglichen Probleme der Menschen, so ein Vorurteil, dem wir immer wieder begegnen.

Wir wollen nicht sagen, dass diese Vorurteile alle völlig unbegründet sind. Aber durch Gespräche und einander Zuhören konnten wir viele dieser Vorurteile aus dem Weg räumen. Diese Gespräche sind total bereichernd, weil immer mehr Menschen auf beiden Seiten gemerkt haben: ihre Vorurteile sind falsch. Und weil immer mehr Menschen gemerkt haben: Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit können wir nur zusammen erkämpfen.

4. Wo seht ihr Hebel für Veränderungen in der Gesellschaft?

“Wir Fahren Zusammen” ist eine Streikbewegung. Durch Streiks im Nahverkehr, aber auch in der Schule oder Uni, machen wir Druck auf die Politik. Außerdem gehen wir gemeinsam als Beschäftigte, Fahrgäste und Klimagerechtigkeitsbewegung auf die Straße, damit unsere Forderungen auch ins Fernsehen und in die Zeitung kommen. Wir glauben, dass es nicht reicht, einen netten Brief an die Politik zu schreiben oder sie nur zu bitten, etwas für unseren Nahverkehr zu machen.

Damit wir mit den Streiks Busse und Bahnen lahmlegen können, müssen wir uns zusammenschließen. Alleine können wir nichts ausrichten, wir brauchen die Mehrheit der Beschäftigten in den Betrieben und die Fahrgäste auf unserer Seite. Der erste Schritt für Veränderung ist also, sich zusammenzutun. Und dann für etwas zu kämpfen, was den Alltag der meisten Menschen besser macht. Wie zum Beispiel ein zuverlässiger und bezahlbarer Nahverkehr, besonders auch auf dem Land. Unser Ziel ist es, dass die Menschen bestimmen, die im Nahverkehr arbeiten oder auf ihn angewiesen sind. Sie sollen entscheiden, wie viel Geld für den Nahverkehr ausgegeben wird. Und für was das Geld ausgegeben wird. Für noch mehr Privatjets für die Reichen? Oder für Busse und Bahnen für uns alle?

5. Was möchtet ihr anderen Aktivist*innen gerne mitteilen?

Betroffene sprechen für sich selbst. Das ist nicht nur fair. Sie wissen auch am besten über ihre Probleme Bescheid und sind am glaubwürdigsten. Beschäftigte im Nahverkehr sind in Umfragen zum Beispiel viel glaubwürdiger wenn sie über Verkehr sprechen als Klimaaktivist*innen. Deshalb haben bei uns viele

Beschäftigte in der Zeitung oder im Fernsehen gesprochen. Und wir haben versucht, mit unseren Botschaften gezielt Beschäftigte oder Menschen, die auf den Nahverkehr angewiesen sind, anzusprechen.

Um Mehrheiten aufzubauen, haben wir viel die Methoden des sogenannten *Organizings* verwendet. *Organizing* heißt, sich schrittweise mit immer mehr Menschen zusammenzutun und vor allem, dass Verantwortung auf möglichst viele Schultern verteilt wird.



1. Wie würdet ihr euer Bündnis/eure Gruppe in wenigen Sätzen beschreiben?

Azubis4Future ist eine Gruppe von Azubis aus unterschiedlichen Ausbildungsberufen, die sich für die Nachhaltigkeits- und Klimainteressen von Auszubildenden gegenüber Akteur*innen aus Politik, Wirtschaft, Bildung, Verwaltung und Zivilgesellschaft einsetzen. Azubis4Future arbeitet überparteilich und ist unabhängig organisiert. Als zukünftige Fachkräfte engagieren wir uns für die Stärkung der Berufsbildung im Kampf gegen die Klimakrise und soziale Ungerechtigkeit. Die Nachhaltigkeitsziele der UN bilden den Rahmen unserer Arbeit. Wir übernehmen Verantwortung und machen unsere Unternehmen und Berufsschulen einfach selbst zukunftssicher.

2. Was sind/waren die wesentlichen Ziele von eurem Protest?

Ein zentrales Anliegen unseres Aktivismus ist der Abbau von Ungleichheiten für Natur und Mensch. Wie dies im Kontext der Ausbildung aussieht, haben wir in sechs Forderungen zusammengefasst. Ziel unserer Forderungen ist eine faire Ausbildung für alle. In der Klimakrise benötigen wir Auszubildende Perspektiven, wie wir als zukünftige Fachkräfte zum Erhalt unserer Welt beitragen können. Hier bedarf es einer Aktualisierung der Inhalte der Ausbildungsrahmenlehrpläne, welche zum Teil vor 40 Jahren das letzte Mal überarbeitet wurden. Die Ausbildung wurde über Jahre hinweg kleingeredet, wer was werden wollte, sollte doch bitte eine akademische Laufbahn einschlagen. Eine Konsequenz ist, dass wir heute wissen, wie viele Windräder wir an welchem Ort für die Energiewende benötigen, wir wissen aber auch, dass wir bisher nicht ausreichend Menschen ausbilden, um diese Windräder aufzustellen und zu warten. Um dies zu ändern, muss das System Ausbildung allen zugänglich gemacht werden, inhaltlich stärker die Themen Nachhaltigkeit und Umweltschutz in allen Ausbildungsgängen berücksichtigen und für junge Menschen attraktiver werden. Oftmals sind es die jungen Menschen, die sich stärker mit der Klimakrise und ihren Folgen auseinandergesetzt haben. Daher sollten sie auch in Fragen der Ausrichtung der Berufsschule oder des Ausbildungsbetriebes hin zu mehr Umweltschutz und Nachhaltigkeit stärker in Entscheidungen eingebunden werden. Ebenso sollten sie Möglichkeiten wahrnehmen dürfen, sich stärker in gesellschaftliche Fragen einzubringen.

Jetzt gilt es, für die Gesellschaft, den Belangen von Auszubildende Gehör zu schenken, einen wertschätzenden Blick auf die Berufsausbildung zu werfen sowie gemeinsam mit Auszubildenden für die Aufwertung der Ausbildung einzustehen. Dies bedeutet, von der Politik eine angemessene finanzielle Aufwertung der Ausbildung sowie die Erarbeitung und Umsetzung von Maßnahmen für umweltschützende und nachhaltige Ausbildungsbetriebe einzufordern. Schnell umsetzbare Maßnahmen wären etwa die Einrichtung von Nachhaltigkeitsgremien oder -arbeitsgruppen in Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben.

3. Wie verbindet ihr Klima- und Umweltschutz mit Antiklassismus und sozialer Gerechtigkeit?

Auch wenn wir selbst strukturelle Benachteiligung erleben, da wir beispielsweise nicht so leicht wie Schüler:innen oder Studierende an Demonstrationen in der Arbeitszeit teilnehmen können, sehen wir gerade vor diesem Hintergrund, die an uns gestellte Aufgabe uns kritisch mit unser eigenen, aber auch mit verschiedenen weiteren Lebensrealitäten auseinanderzusetzen. In diesem Zuge ist es in Ordnung Fehler zu machen, wichtig aber diese kritisch zu hinterfragen und daraus lernen.

Diese Auseinandersetzung brachte uns zu unserem Leitsatz, die *Ausbildung zu FAIRändern*. So ist es uns ein Anliegen, unseren Mitazubis in den Betrieben eine Stimme zu geben, die sich durch fehlende Ressourcen nicht bei uns engagieren können. Ebenso berücksichtigen wir verschiedene Lebensrealitäten in unserem Handeln, so haben wir uns als Treffpunkt für einen baulich barrierefreien Ort entschieden und bieten hybride Austauschformate an, falls der Weg zu unseren Treffen wegen zeitlichen, finanziellen oder anderen Einschränkungen nicht möglich ist.

In unserer Gruppe achten wir auf einen möglichst ähnlichen Wissensstand bei Fachwörtern oder Hintergrundwissen. Wir geben uns Raum, um beispielsweise noch unbekannte Begriffe oder Kontexte einander kurz zu erklären. Dies ist uns wichtig, da wir zum Teil selbst erfahren haben, dass Sprache Menschen aus Gruppen ausschließen kann. Ebenso ist es uns wichtig, Azubis, die sich bei uns engagieren offen zu begegnen, so ist es beispielsweise in Ordnung, dass wir unterschiedliche Hintergründe haben, nicht jedem fällt es leicht, noch nach dem Treffen auf einen kleinen gemeinsamen Imbiss zum Restaurant mitzukommen. Also bringen wir gelegentlich was zum Essen mit zum Treffen, sodass wir trotzdem gemeinsam sein können, ohne die eigene finanzielle Situation berücksichtigen zu müssen. Ebenso sind wir achtsam bei Themen, die unseren eigenen Konsum betreffen, da wir wissen, dass unter anderem nachhaltige Kleidung kostenintensiv ist und sich nicht jeder von uns die Lebensmittel aus dem Bioladen leisten kann.

4. Welche Herausforderung gibt es in eurer Arbeit? Was findet ihr bereichernd an eurer Arbeit?

Herausfordernd an unserem Engagement bei Azubis4Future ist es gerade, Mitazuzubildende zu gewinnen, die insbesondere zeitliche Kapazitäten finden, sich bei uns aktiv einzubringen. Wir wissen selbst, dass es nicht immer einfach ist, sich die Zeit für Azubis4Future zu nehmen, sehen aber auch, was unser Engagement uns und anderen Azubis ermöglicht. So gibt uns jede Gelegenheit, in der mit uns Azubis geredet wird, statt über uns, neue Energie weiterzumachen.

In unserem Engagement bei Azubis4Future erfahren wir an ganz vielen Stellen Selbstwirksamkeit. Wir lernen, kritisch zu denken, unseren inneren Kompass auszurichten, spüren Verbundenheit mit anderen Azubis und stärken unsere Beharrlichkeit und unseren Mut. Wir bringen uns also selbst die Kompetenzen bei, die es für die Transformation zu einer sozialen und klimagerechten Welt benötigt. Die Kompetenzen, von denen wir uns wünschen, dass sie uns Auszubildenden spätestens in den Berufsschulen vermittelt werden.

Diese Kompetenzen sind es auch, die uns handlungsfähig machen, wenn mal wieder über uns Azubis geredet wird oder für uns Entscheidungen getroffen werden, ohne uns zu beteiligen. Diese Kompetenzen sind es auch, die uns bestärken aktiv auf Entscheider*innen zuzugehen, gemeinsame Lösungen wie ein Nachhaltigkeitsgremium im Betrieb oder der Berufsschule einzurichten, aber auch das Wissen kritisch zu hinterfragen, welches uns in unseren Ausbildungen vermittelt wird. Als Fachkräfte von morgen benötigen wir aktuelles Wissen, welches den Konsequenzen der Klimakrise gerecht wird. Letztlich liegt es an uns, die Fehlentscheidungen der heutigen Entscheider*innen auszugleichen.

5. Wo seht ihr Hebel für Veränderungen in der Gesellschaft?

Selbst für Veränderung aktiv werden. Sei es im eigenen Betrieb, im Stadtteil oder im Landkreis, so lässt sich dem eigenen Gefühl der vermeintlichen Hilflosigkeit oder der Erschöpfung in Anbetracht der aktuellen Krisen entgegenwirken. Es geht nicht mehr länger darum, Lösungen einzufordern, sondern wissenschaftlich ausgearbeitete Lösungen umzusetzen und selbst Teil der Lösung zu werden.

Selbst angestoßene Projekte im Betrieb zu Themen wie Umweltschutz und Nachhaltigkeit können das eigene berufliche Handeln verändern und nehmen zeitgleich einen positiven Effekt auf die Umwelt sowie die sozialen und ökonomischen Lebens- und Arbeitsbedingungen heutiger und zukünftiger Generationen. Aber auch die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und der Klimabewegung ist ein wichtiger Hebel für die Veränderung hin zur Umsetzung von sozialgerechten Klimamaßnahmen.

6. Was möchtet ihr anderen Aktivist*innen gerne mitteilen?

Wenn ihr Gruppen kennenlernt, in denen Azubis oder Arbeiter*innen aktiv sind, unterstützt sie in ihren Belangen und versucht, sie nicht zu übernehmen. Wenn ihr bei euren Gruppen Aktivist*innen kennt, die von Klassismus betroffen sind, macht euch bitte bewusst, dass eine stark akademische Sprache einschüchternd wirken kann, da das Gefühl entstehen kann, selbst wegen vermeintlich fehlendem Wissen nicht mitreden zu können. Auch nehmt bitte Rücksicht auf das Schamgefühl, was durch unterschiedliche Lebensstandards auftreten kann, weil wir uns vielleicht nicht denselben Lebensstil leisten können.

Insorgiamo Deutschland



[insorgiamo.org/
germany](https://insorgiamo.org/germany)

1. Wie würdet ihr euer Bündnis/eure Gruppe in wenigen Sätzen beschreiben? Was sind/waren die wesentlichen Ziele eures Protests?

insorgiamo.de ist ein deutsches Soli-Bündnis für die Kolleginnen und Kollegen vom ehemaligen GKN Werk in Florenz. Diese sollten am 09.07.2021 von heute auf morgen gekündigt, das Werk geschlossen und aufgrund billigerer Arbeitskräfte nach Osteuropa verlagert werden. Doch die Beschäftigten haben sich gegen die Kündigungen gewehrt und sich mit der Klimabewegung in Italien verbündet, um gemeinsam für eine solidarische und klimagerechte Zukunft zu kämpfen. Gemeinsam entwickelten sie die Vision im ehemaligen Autoteilewerk zukünftig Lastenräder und Photovoltaikmodule genossenschaftlich zu produzieren. So kämpfen sie seit über 2,5 Jahren gemeinsam gegen Deindustrialisierung und für eine Perspektive für die Beschäftigten, die Region, aber auch für den Kampf gegen die Klimakatastrophe. Mit der Tragweite ihres Kampfes sind sie bislang in Europa einmalig, wir versuchen ihren Kampf zu verbreiten und alles in unserer Macht stehende in Bewegung zu setzen, damit sie den Kampf gewinnen können und so ein leuchtendes Beispiel für die erfolgreiche Kooperation zwischen Klima- und Arbeiter*Innenbewegung in Europa zu erzeugen. Denn alle Beteiligten glauben fest daran, dass wir sowohl die ökologische, als auch die soziale Krise nur gemeinsam und gemeinschaftlich lösen können.

2. Wie verbindet ihr Klima- und Umweltschutz mit Antiklassismus und sozialer Gerechtigkeit?

Der Kampf um die Zukunft des Werkes war von Beginn an als gemeinsamer Kampf mit der Klimabewegung angesetzt. Dabei geht es darum, wie Arbeiter*innen sich gegenseitig stark machen, sich selbst ermächtigen können, um so eine wirksame Gegenmacht, gegen die Macht des Kapitals aufzubauen. Die praktische Erfahrung aus Florenz zeigt, dass es im Besonderen die breite Bündnisarbeit ist, die es dem Collettivo ermöglicht bis heute den permanenten Angriffen auf ihre Fabrik standzuhalten. Auch schon vor dem Kampf um ihre Fabrik haben die Kolleginnen und Kollegen viele Kämpfe in ihrer Region unterstützt. Seien es Streiks von Geflüchteten, die unter unmenschlichen Bedingungen in Italien ausgebeutet wurden und nicht einmal den geltenden Mindestlohn bekamen, oder soziale Kämpfe um Freiräume, oder die Klimastreiks von Fridays For Future. Das Collettivo di Fabbrica war mit dabei. Die dadurch entstanden praktischen Solidaritätserfahrungen im gemeinsamen Kampf um soziale Gerechtigkeit haben auch dazu beigetragen, dass die Unterstützung aus der Zivilgesellschaft für den Kampf des Collettivos von Beginn an so umfassend waren. Die Botschaft ist klar. Nur gemeinsam werden wir eine bessere Zukunft erreichen können, nur zusammen, vereint im Kampf haben wir die notwendige Stärke uns der Willkür der Kapitalisten zu widersetzen und gemeinsam eine klimagerechte Transformation demokratisch zu gestalten.

3. Welche Herausforderung gibt es in eurer Arbeit? Was findet ihr bereichernd an eurer Arbeit?

Internationale und internationalistische Arbeit steht immer vor großen Herausforderungen. Einerseits die Distanz zum Kampf der Kolleg*innen, die Sprachbarriere aber auch die Tatsache, dass es trotz der relativen Nähe innerhalb der EU dennoch kulturelle Unterschiede gibt, nicht nur in der Art und Weise wie Arbeitskämpfe geführt werden sind Hindernisse, die uns in unserer Arbeit bei der Unterstützung häufig herausfordern. Dazu kommt, dass es in den letzten Monaten für die Kolleg*innen immer schwieriger wird internationale Arbeit selber zu gestalten. Ihnen fehlt im Moment dafür praktisch die Kraft und sie sind vor Ort in der Verteidigung ihrer Fabrik so sehr eingespannt, dass für internationale Arbeit oft keine Zeit bleibt. Dazu kommt, dass sie seit dem 01.01.2024 keinen einzigen Cent mehr erhalten und so versucht wird, sie am langen Arm auszuhungern. Weder das ihnen rechtlich zustehende Gehalt, noch Unterstützung vom Staat wird ihnen ausbezahlt, dadurch sind die Kolleg*innen verständlicherweise vor allem mit ihren praktischen Sorgen des Alltags beschäftigt. Besuche von ihnen selber in andere Europäische Länder sind aktuell nicht möglich und auch die Planung von Veranstaltungen vor Ort wird von Tag zu Tag schwieriger. Doch trotz allem lassen sie sich nicht unterkriegen und kämpfen Tag für Tag weiter. Besonders diese Resilienz ist immer wieder beeindruckend zu sehen und zu erleben und ein Pol der Hoffnung. Und obwohl sie vor Ort nicht die Kapazitäten haben internationale Arbeit zu gestalten haben sich in den letzten Jahren immer mehr Menschen aus vielen europäischen Nachbarländern gefunden, die helfen wollen und gemeinsam versuchen wir die Kolleginnen und Kollegen über die Landesgrenzen Italiens hinaus zu unterstützen und ihren Kampf bekannt zu machen. Denn das, was sie dort geschaffen haben, die breite zivilgesellschaftliche Unterstützung und vor allem die konkrete Perspektive einer demokratischen Konversion ist auch für viele Kolleg*innen in ganz Europa ein Wegweiser, wie wir in Zukunft unsere Kämpfe gestalten können. Klar ist, dass es auch hier zu massiven Umbrüchen in der Industrie kommen wird. Doch diese Umbrüche sind eine riesige Chance. Die Transformation der fossilen Industrie birgt das Potential einer Demokratisierung der Wirtschaft. In Zukunft werden immer mehr Arbeiter*innen vor die Frage gestellt werden: „lassen wir uns schließen, oder nehmen wir das Ruder selbst in die Hand“. Wir hoffen darauf, dass wir den beispielhaften Kampf in Florenz gewinnen können und so immer mehr Kolleginnen und Kollegen inspirieren können ihre Zukunft selbst in die Hand zu nehmen.

4. Wo seht ihr Hebel für Veränderungen in der Gesellschaft?

In unserer aktuellen kapitalistisch demokratischen Gesellschaft haben wir mehrere Hebel, die wir alle gleichzeitig in Bewegung setzen müssen um die notwendigen Veränderungen in Gang zu bringen. Denn diejenigen, die nichts ändern wollen, die am Status Quo profitieren, sind diejenigen, die durch die Ausbeutung unserer Lebensgrundlagen (und von uns) massive Vermögen angehäuft haben und alles tun werden, was sie können um daran auch in Zukunft nichts zu ändern. Ein Hebel, den wir haben ist die schiere Masse an Menschen. Große demokratische Proteste zeigen Wirkung. Zwar nicht immer sofort sichtbar und auch nicht automatisch, doch um so mehr Menschen eine Veränderung einfordern, desto wahrscheinlicher wird es, dass wir gemeinsam die notwendige

Stärke aufbauen können, um die handelnden Akteure dazu zu bewegen in unserem Sinne zu handeln. Dafür ist es besonders wichtig breite Bündnisse zusammenzubringen, Bündnisse auch außerhalb unserer normalen Partner*innen. Denn je breiter wir uns aufstellen um so mehr Menschen werden wir erreichen können. Dafür muss man auch nicht in jedem Punkt einer Meinung sein, sondern sich auf einen Konsens einigen und dann für diesen gemeinsam streiten. Auf der anderen Seite ist natürlich wirtschaftliche Macht ein zentrales Mittel um Veränderungen zu erwirken. Die Arbeiter*innenbewegung hat in der Vergangenheit gezeigt, dass vieles was vorher als undenkbar, unrealisierbar galt durch genug wirtschaftlichen Druck doch möglich ist. Sei es der 8 Stunden Tag, die Einführung von Erholungsurlaub oder die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall. Der notwendige Umbau unserer Wirtschaft, ein Ende des Strebens nach immer mehr und mehr Profit und Ressourcenverbrauch und die Anerkennung von planetaren Grenzen in unserem Handeln als Menschheit im gesamten ist zwar noch größer als die bereits errungenen Verbesserungen in der Arbeitswelt, doch die Erfahrungen aus der Vergangenheit zeigen, dass vieles möglich ist, wenn die Arbeiterinnen und Arbeiter gemeinsam für eine Sache eintreten.

5. Was möchtet ihr anderen Aktivist*innen gerne mitteilen?

Wer Hilfe und Solidarität für seine Kämpfe möchte muss bereit sein auch vorher Solidarität mit anderen zu zeigen. Und dabei geht es nicht darum die eigene Solidarität an einen Katalog von Bedingungen zu knüpfen. Denn wenn die Klimabewegung und die Arbeiter*innenbewegung gemeinsam Stärke aufbauen will, dann wird es nicht genügen die Bus und Bahnfahrenden zu unterstützen. Denn wenn wir nur diejenigen unterstützen, die jetzt schon in unserem Sinne kämpfen, dann werden auch sich auch nur diejenigen in Zukunft an unseren Kämpfen beteiligen, die eh schon in diese Richtung kämpfen und so werden wir nicht mehr werden. Die Erfahrung des Collettivos zeigt, dass gerade die bedingungslose Solidarität mit Kämpfen von Arbeiter*innen, Geflüchteten und vielen anderen in der gesamten Region weit vor ihrem eigenen Kampf dazu geführt hat, dass all diejenigen, die vorher schonmal Unterstützung von ihnen erfahren haben sofort bereit waren auch sie zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam zu kämpfen. So haben sie mit einer Belegschaft von ursprünglich 420 Leuten Demonstrationen auf die Straße bringen können, wo sich weit über 40.000 Menschen beteiligt haben und das nicht nur einmal. Gerade diese untypischen Bündnisse und das Zusammenkommen von Akteur*innen mit verschiedenen Hintergründen birgt oft ein Potential, dass sich im Vorhinein nicht einmal erahnen lässt. Darum sollten wir als progressive Akteure in der Gesellschaft unsere Solidarität nicht zurückhalten, sondern andere durch unsere Unterstützung dazu empowern ihre Kämpfe zu gewinnen. Vielleicht inspirieren wir sie ja und sorgen so dafür, dass sie in Zukunft auch unsere Kämpfe mittragen.



Die Armutskonferenz Österreich

1. Wie würdet ihr euer Bündnis/eure Gruppe in wenigen Sätzen beschreiben? Was sind/waren die wesentlichen Ziele von eurem Protest/Ansatz?

Die Armutskonferenz ist seit 1995 als Netzwerk von über 40 sozialen Organisationen, sowie Bildungs- und Forschungseinrichtungen aktiv. Sie thematisiert Hintergründe und Ursachen, Daten und Fakten, Strategien und Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung in Österreich. Gemeinsam mit Armutsbetroffenen engagiert sie sich für eine Verbesserung deren Lebenssituation. Die in der Armutskonferenz zusammengeschlossenen sozialen Organisationen beraten, unterstützen und begleiten über 500.000 Menschen im Jahr.

2. Wie verbindet ihr Klima- und Umweltschutz mit Antiklassismus und sozialer Gerechtigkeit?

Menschen mit Armutserfahrung sind von Klimawandel und Umweltschäden weitaus stärker betroffen als einkommensstärkere Gruppen, obwohl sie weniger zu diesen negativen Entwicklungen beitragen. Die Armutskonferenz setzt sich deshalb (zusätzlich zu sozialer Gerechtigkeit und Antiklassismus) auch gezielt mit Klima- und Umweltschutzthemen auseinander.

Zwei Projekt-Beispiele:

1. Im Projekt „**Von allem genug, von nichts zu viel**“ widmen wir uns gemeinsam mit *ÖKOBÜRO – Allianz der Umweltbewegung* der Frage, wie ein gutes Leben für alle innerhalb planetarer Grenzen möglich ist. Dabei war uns wichtig, Diskussionen rund um Ressourcenschonung und Klimaschutz von der individuellen Entscheidungsebene (z.B. Kaufentscheidungen einzelner Personen) wegzubringen, und vermehrt politische Verantwortung für das Schaffen klimafreundlicher, ressourcenschonender Strukturen für eine lebenswerte Zukunft ins Zentrum zu stellen. Basierend auf Workshops und einer Tagung wurde ein 10-Punkte-Plan für einen sozial und ökologisch gerechten Ressourcen- und Energieverbrauch erarbeitet und an politische Entscheidungsträger:innen übergeben.
2. Die **13. Österreichischen Armutskonferenz** fand unter dem Titel "ES BRENNT! Armut bekämpfen, Klima retten" statt. Gemeinsam mit 400 Teilnehmer:innen wurden Maßnahmen und Strategien diskutiert, welche die Klimakrise und soziale Krisen zusammendenken. Theoretische Beiträge wurden mit Einsichten aus der Praxis und der Sichtweise von Menschen mit Armutserfahrung verbunden und brennende Fragen wie Demokratie, Wohnen und Energie, Verteilungspolitik, Bildung sowie Umwelt- und Klimagerechtigkeit thematisiert. Aus dieser Konferenz heraus entstand auch das **Buch „Es brennt“**, das auf über 200 Seiten sozial-ökologische Problemfelder des Klimawandels behandelt und Lösungsansätze aufzeigt.

3. Welche Herausforderung gibt es in eurer Arbeit? Was findet ihr bereichernd an eurer Arbeit?

Die spezifische Netzwerkstruktur der Armutskonferenz mit über 40 Mitgliedsorganisationen und die Tatsache, dass die Mitwirkenden im Netzwerk in vielen unterschiedlichen Organisationen beschäftigt und teilweise im Rahmen ihrer dortigen Arbeitszeit, teilweise jedoch auch ehrenamtlich mitarbeiten, stellt die Armutskonferenz vor spezifische Herausforderungen. Dazu gehören z.B. Fragen von Zeitressourcen, Fluktuation von Beteiligten, aber auch unterschiedliche Organisationskulturen, die hier aufeinandertreffen. Die Armutskonferenz ist seit einigen Jahren nach den Prinzipien der Soziokratie organisiert, was eine bessere Verteilung des Arbeitsausmaßes und der Verantwortung sowie die stärkere Einbindung von Menschen mit Armutserfahrung in die Organisation ermöglicht. Dieses System hat sich bewährt und vor allem die gleichberechtigte Einbindung von Mitgliedern mit Armutserfahrungen aus der Plattform „Sichtbar Werden“ gestärkt. Die daraus entstehende Solidarität im Netzwerk, die gemeinsame Entscheidungsfindung und die intensive Einbindung von Menschen mit Armutserfahrung sind eine große Bereicherung für unser Wirken und können auch als Vorbild für andere Organisationen betrachtet werden.

4. Wo seht ihr Hebel für Veränderungen in der Gesellschaft?

Um Veränderungen in der Gesellschaft voranzubringen, nutzt die Armutskonferenz verschiedene Strategien und Ansatzpunkte. Als Netzwerk ist die Zusammenarbeit über Regionen, Organisationsgrenzen und Themenexpertisen hinweg von besonderer Bedeutung. Zusätzlich erhöhen konkrete Projekte und Aktivitäten nicht nur die Motivation und Sichtbarkeit der Beteiligten, sie fördern auch Sensibilisierung für wichtige Themen in der Öffentlichkeit. Zusätzlich zu diesen Einzelinitiativen braucht Veränderung aber immer auch kontinuierliche, strategische politische Arbeit, um langfristig gesellschaftliche Verbesserungen zu erwirken. Dabei ist es wichtig, gemeinsam mit Menschen aus unterschiedlichen Kontexten und mit unterschiedlichen Perspektiven vorzugehen. Vor diesem Hintergrund ist es der Armutskonferenz wichtig, Menschen mit Armutserfahrungen als Expert:innen ihrer Lebensrealität eine zentrale Rolle zu geben und sowohl in die Öffentlichkeitsarbeit als auch in die politische Arbeit einzubinden.

5. Was möchtet ihr anderen Aktivist*innen gerne mitteilen?

Die solidarische Zusammenarbeit über Organisationsgrenzen und Themenexpertisen hinweg ist entscheidend. Schafft Bündnisse und scheut auch als junge Menschen nicht davor zurück, eure Expertise und Motivation auch in bereits etablierten Organisationen einzubringen. So könnt ihr bestehende Netzwerke und Erfahrungen nutzen und möglicherweise noch weitreichendere Erfolge erzielen. Gerade wenn ihr euch für soziale Gerechtigkeit stark machen wollt, ist es wichtig, die Menschen, für die ihr euch stark machen wollt, möglichst von Beginn an in eure Arbeit einzubeziehen, ihren Perspektiven eine zentrale Rolle in eurem Handeln zu geben und gegebenenfalls auch nicht davor zurückzuscheuen, dafür eure üblichen Herangehensweisen zu überdenken.

1. Wie würdet ihr euer Bündnis/eure Gruppe in wenigen Sätzen beschreiben? Was sind/waren die wesentlichen Ziele von eurem Protest?

Die Machbarschaft ist eine Initiative (bald Verein) der nachbarschaftlichen Selbstorganisation in der GropiusStadt Berlin.

- Zusammen mit den Anwohnenden werden konkrete, erfahrbare und dauerhafte Veränderungen, rund um Praxen der Nachhaltigkeit und Solidarität angegangen, von dezentralen Lösungen für erneuerbare Energien über städtische Klimaanpassung bis hin zu Food-Sharing-Strukturen und Kreislaufösungen.
- Wir schaffen Raum, um über die reale Bedrohung durch den ökologischen Kollaps uns auszutauschen und darüber, was die Menschen in Gemeinschaft dagegen tun können.
- Werkzeuge wie offene Versammlungen, Grundlagen der Soziokratie, gewaltfreie Kommunikation und eine Vielzahl von Formen der Entscheidungsfindung werden eingebracht.

2. Wie verbindet ihr Klima- und Umweltschutz mit Antiklassismus und sozialer Gerechtigkeit?

Es ist entscheidend Vorhaben anzugehen, die konkret erfahrbare Verbesserungen oder Erleichterungen des Lebens bringen. In der Machbarschaft folgen wir dem credo: Wir gehen zusammen Sachen an, die keine Kosten verursachen, Geld sparen helfen, mehr an Lebensqualität bringen und gut für die Umwelt sind. In unseren Gesprächsrunden kommen wir regelmäßig auf Fragen der strukturellen Ungerechtigkeit und Ausbeutung, die Natur und Menschen treffen.

3. Welche Herausforderung gibt es in eurer Arbeit? Was findet ihr bereichernd an eurer Arbeit?

Die Kultur des "zusammen anpacken und selbstorganisiert Probleme lösen" ist nicht stark ausgeprägt. Menschen können sich meist nicht vorstellen, wie mächtig sie im Kollektiv sein können; diese Flamme gilt es zu nähren.

In der GropiusStadt leben viele deprivilegierte, von Armut betroffene und oft intersektional diskriminierte Menschen. Organising in diesem Kontext ist herausfordernd, denn noch ist das "Umweltthema" in Deutschland meist etwas womit sich Menschen beschäftigen, die es sich leisten können.

4. Wo seht ihr Hebel für Veränderungen in der Gesellschaft?

Es fehlt an Strukturen, die Resilienz kooperativ und lokal aufbauen, und die auch noch sozioökonomisch benachteiligte Menschen einbeziehen. Dies trägt zur politischen Enttäuschung von Gruppen bei, die bereits von Umweltungerechtigkeiten und Rassismus betroffen sind. In den Debatten um die Klimaanpassung bleiben die einkommensschwachen, mehrfach diskriminierten (Rasse, Klasse) Menschen, die in armen Vierteln leben, oft im Hintergrund.

Insbesondere in benachteiligten Vierteln können diese Veränderungen in Richtung Suffizienz und Resilienz ökologische, soziale und wirtschaftliche Auswirkungen haben und dazu beitragen, die Auswirkungen von Diskriminierung (Umweltrassismus) zu verringern und das Vertrauen in demokratische Prozesse zu stärken. Selbstorganisation als Tool für Veränderung kann überall implementiert werden.

5. Was möchtet ihr anderen Aktivist*innen gerne mitteilen?

Beziehungen aufzubauen und zu pflegen ist entscheidend.

Mach es attraktiv: Co-Benefits wie Geld sparen oder eine gärtnerisch aufgewertete Nachbarschaft sind viel stärker als die „Rettung des Planeten“, um Menschen einzubinden, die sich noch nicht für "Nachhaltigkeit" interessieren.

Mach es einfach: Die meisten Menschen engagieren sich noch nicht, weil ihnen bestimmte Privilegien fehlen und sie nicht die Zeit oder die Mittel haben, sich zu engagieren. Anstatt mit dem Finger auf sie zu zeigen, ist es wichtig, verschiedene Formate zu schaffen, die für sie funktionieren.

Mach es sozial: Es geht um Gemeinschaft. Die Menschen wollen ihre Nachbar:innen kennenlernen, wissen aber nicht, wie sie das anstellen sollen. Angesichts des drohenden ökologischen (und gesellschaftlichen) Zusammenbruchs sind widerstandsfähige Gemeinschaften der Schlüssel zur Zukunft.

DeCOALanize – Kohlewiderstand in Kenia

Stichworte: Kohlewiderstand – Anti-Kolonialeproteste – Energiepolitik – Auslagern von Umweltschädlicher Industrie – Anwohner*innenproteste

Quelle:

<http://www.leavefossilfuelsunderground.org/wp-content/uploads/2020/03/LFFU-in-Kenya-.pdf> [von BuWa gekürzt und aus dem Englischen ins Deutsche übersetzt]

Autor*in: Lisa Pier | **Veröffentlichung:** März 2020

LFFU at a glance – Kenya: Resistance against the construction of a coal plant in Lamu County [dt.: LFFU auf einen Blick – Kenia: Widerstand gegen den Bau eines Kohlekraftwerks im Bezirk Lamu]

Im Rahmen der Entwicklungsvision 2030 des Landes hat die kenianische Regierung den Bau eines 1.050-MW-Kohlekraftwerks im Bezirk Lamu im Norden Kenias geplant. Die im kenianischen Kitui-Mui-Becken entdeckten Kohlevorkommen sollen zur Energieunabhängigkeit Kenias beitragen, da nach Beginn des Abbaus die kohlebasierte Energieerzeugung in Lamu unabhängig von Kohleimporten aus Südafrika wäre. Der Aufbau einer nationalen Kohleindustrie soll Arbeitsplätze schaffen und einen positiven Beitrag zum Staatshaushalt beitragen.

Die 2 Mrd. \$ teure Anlage wäre Teil des Lamu Port South Sudan Ethiopia Transport corridor (LAPSSET), eines Infrastrukturprojekts zur Verbindung von Südsudan, Äthiopien, Uganda und Kenia, das von der kenianischen Regierung geleitet wird und Teil der chinesischen „Belt and Road“-Initiative ist. Mit geschätzten Kosten in Höhe von 20 Milliarden Dollar ist der Verkehrskorridor angeblich das größte und "ehrgeizigste" Infrastrukturprojekt in Afrika, das eine Eisenbahn, einen Hafen, ein Kohlekraftwerk, eine Autobahn und eine Ölpipeline umfasst. Die Finanzierung des Kraftwerks wurde [nun] gesichert von Centum Energy und der China Communications Constructions Company, die 1,2 Mrd. \$ in das Projekt investieren wollen. Weitere Investoren waren die südafrikanische Standard Bank und die Afrikanische Entwicklungsbank, die 100 Mio. \$ für das Lamu-Kohlekraftwerk bereitstellten.

Ein wichtiger Kritikpunkt sind Schäden, die an der Weltkulturerbestätte Lamu Island, der ältesten und am besten erhaltenen Suaheli-Siedlung in Ostafrika, zu erwarten sind. Die Insel Lamu stellt auch eine der wichtigsten touristischen Attraktionen und Einnahmequellen Kenias dar, die sich immer größerer Beliebtheit erfreut und einen beträchtlichen Zuwachs an luxuriösen Resorts und Ferienanlagen für in- und ausländische Tourist*innen aufweist. Würden diese verloren gehen, wäre mit einem erheblichen Anstieg der lokalen Arbeitslosigkeit und negativen Auswirkungen auf den Staatshaushalt zu rechnen.

Während die Projektleitung den Bau und den Betrieb des Kohlekraftwerks in Auftrag gab, hat sich unter den Bewohner*innen von Lamu und in der kenianischen Öffentlichkeit eine starke Opposition gegen das Projekt und gegen

Kohle im Allgemeinen gebildet. Ungefähr seit 2009 haben Aktivist*innen und Gruppen wie DeCOALonize Kenia und Save Lamu aktiv gegen den Bau des Kohlekraftwerks protestiert. Sie protestieren gegen die zerstörerische Kraft, die das Kraftwerk auf unberührte Meeresökosysteme, das Land und die nationalen Kohlenstoffemissionen haben wird, sollte das Kohlekraftwerk gebaut werden. [Die Gruppen] nutzen verschiedene Methoden, um ihren Unmut zu äußern, darunter Straßenproteste, Mobilisierungen in sozialen Medien, Petitionen und ein Gespräch mit dem chinesischen Botschafter Wu Peng in Nairobi. Außerdem reichten die Gegner*innen des Kohlekraftwerks eine Klage gegen das Kohlekraftwerk ein.

Nachdem die Verträge vergeben und die Finanzierung gesichert war, sollte der Bau des Kohlekraftwerks 2015 beginnen, was eine Welle von Protesten und Widerspruch seitens der Anwohner*innen, Hirt*innen, Naturschützer*innen und Umweltaktivist*innen in Kenia und im Ausland auslöste. Im November 2015 untermauerten erste Berichte einer UN-Beobachtungsmission die Behauptungen von Aktivist*innen über die negativen Auswirkungen des Kraftwerks, als sie erklärten, dass das Weltnaturerbe der Insel Lamu irreparablen Schaden nehmen würde, wenn das Kohlekraftwerk gebaut würde. In der Zwischenzeit wurde der Rechtsstreit vor dem Nationalen Umweltgericht (NET) Kenias fortgesetzt, bis im Juni 2019 eine Entscheidung getroffen wurde und NET beschloss, die Projektlizenz bis zur Vorlage einer neuen Folgenabschätzung zurückzuziehen.

Neben diesen ökologischen und sozialen Bedenken ist eine weitere Komponente des Anti-Kohle-Aktivismus in Kenia das Gefühl der Ausgrenzung und Entmachtung der lokalen Gemeinschaften angesichts eines vom Ausland unterstützten Megaprojekts. Im Mittelpunkt der Forderungen der Aktivist*innen steht der Gedanke, dass die kenianische Energiepolitik "entkolonialisiert" und wieder mit den lokalen Bedürfnissen und der kenianischen Nachfrage in Einklang gebracht werden sollte und nicht mit denen internationaler Konzerne.

Aktivistische Gruppen verstehen Chinas Interesse am Aufbau einer Kohleindustrie in Kenia als eine Möglichkeit, schmutzige Emissionen "auszulagern" und gleichzeitig Gewinne zu behalten. Walid Ahmed, ein Mitglied von Save Lamu, drückt es so aus: "So viele Staaten ziehen sich jetzt wegen der Emissionen aus der Kohle zurück - wegen ihrer Umweltzerstörung; wir sehen also nicht ein, warum sie sie hierherbringen sollten." und betont, dass Kenia nicht gewillt ist, zum Sündenbock für die Emissionen der Welt zu werden.

Der Aktivismus in Lamu hat einige wichtige Erfolge erzielt. Sowohl die südafrikanische Standard Bank als auch die Afrikanische Entwicklungsbank, die in der Anfangsphase Großinvestoren für das Projekt waren, haben sich aus dem Projekt zurückgezogen. Die Standard Bank unternahm diesen Schritt im Jahr 2017, als der Widerstand gegen das Projekt anhielt und die Bank befürchtete, mit "gestrandeten Vermögenswerten" konfrontiert zu werden, wenn sie sich nicht von dem zunehmend problematischen Projekt trennt. Omar Elawi von DeCOALonize Kenya kommentierte die Entscheidung der Bank mit den Worten: "Die Tatsache, dass eine große afrikanische Bank sich weigert, dieses tödliche Kraftwerk zu finanzieren, sendet eine starke Botschaft gegen Kohle inmitten des zunehmenden Unbehagens der Finanziere bei der Finanzierung von Kohle auf der

ganzen Welt. Jede Investition in Kohle ist eine Katastrophe für den Planeten". Im November 2019 beschloss auch die Afrikanische Entwicklungsbank, ihre zugesagte Finanzierung für das Lamu-Projekt zurückzuziehen.

Die AfDB beschloss, die Finanzierung aller kohlebasierten Projekte in Kenia, einschließlich Lamu und des Kohlebergbaus in Kitui, einzustellen, da der Widerstand zunimmt. Der Direktor der Bank, Akinwumi Adesina, fügte hinzu, die AfDB habe "keine Pläne, in Zukunft in Kohlekraftwerke zu investieren". Dies könnte in der Tat weitreichende Auswirkungen auf die Durchführbarkeit des Projekts und künftiger Projekte auf der Grundlage fossiler Brennstoffe in ganz Afrika haben, was die Bedeutung der Lamu-Kontroverse für die internationale Energiepolitik verdeutlicht. Aufgrund der neuen finanziellen Situation und des anhaltenden Drucks von Umwelt- und politischen Aktivist*innen ist die Zukunft des Projekts ungewiss, auch wenn bald eine neue, zufriedenstellende Umweltverträglichkeitsprüfung vorgelegt wird.

Green Bans

Stichworte: Umweltaktivismus - Gewerkschaften - Arbeiter*innenprotest - Bauverbote

Quelle: <https://greens.org.au/about/green-bans> [von BuWa aus dem Englischen ins deutsche übersetzt]

Autor*in: The Australian Greens | **zu letzt aufgerufen:** 10. Dezember 2022

In den 1970er Jahren wurde der Begriff "Green Bans" für die Bewohner*innen Sydneys zu einem festen Begriff. Bauarbeiter*innen, die mit dem Bau von Bürohochhäusern, Einkaufszentren und Luxuswohnungen beauftragt waren und dafür immer mehr Grünflächen zerstörten oder ältere Geschäfts- und Wohngebäude in Sydney ersetzten, entwickelten eine bemerkenswerte neue Form des Umweltaktivismus. Die Bauarbeiter*innen weigerten sich, für Projekte zu arbeiten, die in ökologischer oder sozialer Hinsicht problematisch waren. Diese sogenannte "Green Bans"-Bewegung war die erste ihrer Art auf der Welt.

Es gab drei Hauptarten von Bauverboten: Für den Schutz von Freiflächen; für den Schutz des vorhandenen Wohnungsbestands vor dem Abriss für Autobahnen oder Hochhäuser; sowie für den Schutz älterer Gebäude vor dem Ersetzt Werden durch Bürogebäude oder Einkaufszentren.

Die Bauarbeiter*innen von Sydney waren in der New South Wales Builders Labourers Federation (NSWBLF) organisiert. Seit Mitte der 1960er Jahre hatte sich die Gewerkschaft zunehmend mit Fragen der Stadtplanung befasst. Sie kritisierte den Boom beim Bau neuer Bürogebäude und sagte ein Überangebot voraus. Stattdessen plädierte sie für den Bau von sozial nützlichen Projekten. Anfang der 1970er Jahre zählte die Gewerkschaft rund 11.000 Mitglieder und umfasste alle ungelern-ten Arbeiter*innen und einige Kategorien von Facharbeiter*innen, die auf Baustellen beschäftigt waren.

Im Mai 1970 beschloss der Vorstand des NSWBLF, ein "neues Konzept der Gewerkschaftsbewegung" zu entwickeln, das den Grundsatz der sozialen Verantwortung der Arbeit einschließt: Die Arbeitnehmer*innen haben demnach das Recht, darauf zu bestehen, dass ihre Arbeitskraft nicht auf schädliche Weise eingesetzt wird. Besonders prägend für die Gewerkschaft waren Jack Munday, Joe Owens und Bob Pringle.

Munday und Owens waren zusammen mit etwa hundert der engagiertesten Aktivist*innen der Gewerkschaft Mitglieder der Kommunistischen Partei Australiens, die zu diesem Zeitpunkt unter Einflüssen der Neuen Linken stand. Bob Pringle war Mitglied der Australian Labor Party. Auch in anderen Teilen Australiens setzten sich Bauarbeiter*innen für Umweltverbote ein, am spektakulärsten war die Bewegung jedoch in Sydney, wo der Bauboom am stärksten war und der Gewerkschaftszweig sich am stärksten für die Green Bans engagierte.

Ergänzend zu dem Text kann folgendes Video geschaut werden:

<https://www.youtube.com/watch?v=lxuVFUFh8PE> (Minute 3.31-5-06 Green Bans)

Klimaschutz & Klassenkampf

Stichworte: Arbeiter*innenkämpfe – Werksschließung – Solidarisierung – Klimabewegung – Gewerkschaften

Quelle: <https://oxiblog.de/bosch-werksschliessung-klimabewegung/>

Autor*in: Philip Blees | **Veröffentlichung:** 04.09.2021

*„Nur Arbeiter*innen können Klimaschutz herbeiführen“*

In München fordern die Beschäftigten und Klima-Aktivist*innen gemeinsam den Erhalt eines Bosch-Werks. Mia Giese ist 17 Jahre alt und seit zwei Jahren in der Klimabewegung aktiv. Dort setzt sie sich für die Zusammenarbeit in Arbeitskämpfen und dem Kampf um Klimagerechtigkeit ein. Gemeinsam mit den Beschäftigten kämpft sie momentan in der Kampagne „Klimaschutz und Klassenkampf“ für den Erhalt des Bosch-Werks Berg am Laim (München) und für eine Umstellung der Produktion auf klimafreundliche Produkte. Mit ihr sprach Philip Blees.

Was passiert gerade beim Bosch-Werk in München?

Mia Giese: Die Werksleitung von Bosch hat intern durchgegeben, dass das Werk verlagert werden soll. Ziemlich wahrscheinlich. Ihr Vorwand ist die Umstellung auf E-Mobilität. Deswegen könne man das Werk nicht weiter betreiben und müsse die Arbeiter*innen entlassen. Die wirkliche Ursache ist ziemlich klar, nämlich dass Bosch mit dem Werk für Bosch zwar keine Verluste macht, aber nicht die erhofften Gewinne.

Wohin möchte Bosch verlagern?

Giese: Die Produktion würde nach Brasilien oder Nürnberg und Tschechien verlagert werden. Die Wahrscheinlichkeit, dass das Werk ins Ausland geht, ist sehr groß.

Was wird im Werk produziert?

Giese: Einspritzventile und Kraftstoffpumpen für Diesel-Motoren. Bosch ist der größte Automobil-Zulieferer der Welt.

Und die Beschäftigten machen nun gemeinsame Sache mit der Klimabewegung.

Giese: Genau, Klimaaktivist*innen und Arbeiter*innen aus dem Bosch-Werk haben sich vernetzt und kämpfen mit der Kampagne „Klimaschutz und Klassenkampf“ gemeinsam dafür, dass das Werk erhalten bleibt. Und dass die Produktion auf klimafreundliche und gesellschaftlich nützliche Produkte umgestellt wird. Wir brauchen unfassbar viele Geräte, z.B. medizinische, die dort hergestellt werden könnten, werden sie aber nicht, weil es sich für Bosch nicht lohnt.

Sie haben zwei Petitionen gestartet.

Giese: Genau, eine Petition von der Klimabewegung und eine, die nun schon von fast zwei Drittel der Beschäftigten unterzeichnet wurde. Beide

fordern das Gleiche* Dass das Werk erhalten bleibt und die Produktion klimafreundlich umgestellt wird.

Auf Ihrer Website sprechen Sie von der „doppelten Lüge von den Entlassungen für den Klimaschutz“. Was meinen Sie damit?

Giese: Es wird suggeriert, dass die Klimabewegung verantwortlich für die Entlassungen ist. Und andersherum, dass die Arbeiter*innen die Klimabewegung nötig machen. Das ist eine Lüge, die von großen Konzernen und deren Kapitalist*innen in die Öffentlichkeit getragen wird. Diese Lüge schwächt die Arbeiter*innen und die Klimabewegung, obwohl sich diese Bewegungen zusammenschließen müssten. Nur die Arbeiter*innen haben die Kraft und die technischen Möglichkeiten, um wirklich Klimaschutz herbeizuführen. Arbeiter*innen und Klimabewegung werden jedoch gegeneinander ausgespielt.

Ihre Aktion zeigt eine mögliche Zusammenarbeit zwischen gewerkschaftlichen Kampf und Klimabewegung. Was ist die Perspektive?

Giese: Unserer Meinung nach muss die Klimabewegung mit Arbeiter*innen zusammenarbeiten. Wir sind eine Klasse, die lohnabhängig ist. Nur gemeinsam haben wir die Kraft Klimagerechtigkeit herbeizuführen.

Funktioniert das immer reibungsfrei? Welche Konflikte gibt es?

Giese: Klar, wir sind ein Beispiel, bei dem es enorm gut läuft. Das ist nicht immer so, liegt aber nicht immer an den Bewegungen selbst. Zum Beispiel bei BMW wird es Leiharbeiter*innen verboten, mit Leuten vorm Werk zu reden. Dann kommt man mit den Beschäftigten gar nicht in Kontakt, weil von den Kapitalist*innen explizit eine Spaltung vorangetrieben wird. In diesem Sektor gab es, soweit wir wissen, in Deutschland noch nie ein Beispiel, wo Klimabewegung und Arbeiter*innen zusammen gekämpft haben. Es ist ein erster Versuch und wir hoffen, dass der klappt.

Die IG Metall hat häufig ein gespaltenes Verhältnis zur Klimabewegung. Sie redet häufig nur von „sozial-ökologischer Transformation“.

Giese: Die IG Metall spielt eine große Rolle – auch in unserem Kampf. Momentan treiben jedoch der Betriebsrat und ein Kern von Beschäftigten unsere Kampagne voran. Der vorsitzende Betriebsrat und sein Stellvertreter sind sehr engagiert dabei. Wir hatten auch schon Aktiven-Treffen, an dem 20 Beschäftigte teilgenommen haben. Bei 250 Arbeiter*innen im Werk ist das in der Urlaubszeit schon echt eine hohe Zahl. Der Kampf wird im Betrieb geführt und von der Klimabewegung unterstützt. Die IG Metall möchte aber auch unserer Demo kommen. Die Gewerkschaft steht all dem solidarisch gegenüber und wir möchten in Zukunft auch sehr gerne mit ihr zusammenarbeiten.

Wie kommt es zu der breiten Unterstützung im Betrieb?

Giese: Der erste Schritt zur Zusammenarbeit kam von der Klimabewegung. Uns eint der Kampf um den Erhalt des Werkes. Andersherum stehen die Arbeiter*innen auch hinter den klimapolitischen Forderungen. Dort meinen alle, dass es möglich ist, in dem Werk fortan klimafreundliche Produkte herzustellen. Die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Klimakrise sehen beide Seiten. Das Werk muss beibehalten werden und die Produktion umgestellt.

Wie geht es weiter?

Giese: Wir gehen in Gespräche und hoffen auf Aufmerksamkeit durch unsere Demo am Freitag (03. September 2021, Anm. d. Red.) Danach müssen wir weitere Strategie-Treffen durchführen und uns beraten. Wenn Bosch seine Ankündigung wahr macht und das Werk schließen will, dann bekommen sie es mit der Klimabewegung zu tun. Das sind keine leeren Worte.